

# Europäische Postdemokratie

Prof. Dr. Andreas Fisahn

---

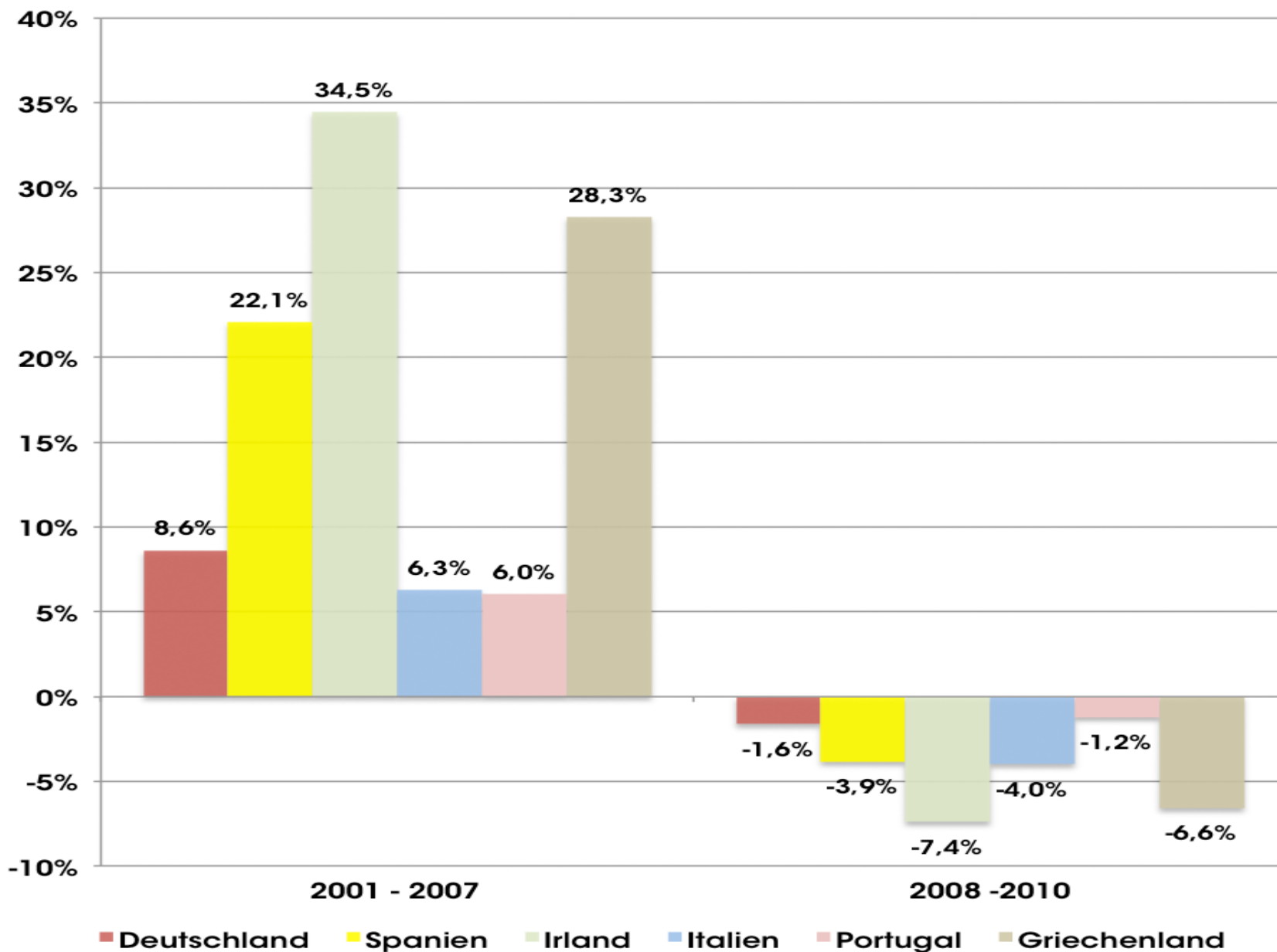
# Dosis schlechter Medizin erhöht

- Aufschrei als Papandreou am 31.10.2011 ein Referendum über EU-Auflagen durchführen will
- Ablösung der Regierungen in Athen und Rom auf politischen Druck und Ersetzung durch sog. Expertenregierung
- Kauder: "Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen,,

# Dosis schlechter Medizin erhöht

- Schuldenkrise wird von Finanzkrise entkoppelt
  - Schätzung: Finanzkrise führt zur Erhöhung der Schuldenstandes um 80% des BIP
- In EU und BRD bisher:
- Bankenrettung
  - Konjunkturpakete (Abwrackprämie)
- Kredite bei Umschuldungsschwierigkeiten sind an Austeritätspolitik geknüpft

# Wirtschaftswachstum in Prozent BIP



# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

Römische Verträge konzipieren EWG  
als Zollunion

- Abbau von Zollschraken  
untereinander
- Gemeinsame Zölle nach außen



# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

Vorbild:

Montanunion = „Gemeinschaft für Kohle  
und Stahl“ (EGKS)

- Mittel: Zollunion für Kohle und Stahl
- Zweck: Kontrolle der Kriegsproduktion
  - und Zugang zu Ressourcen
  - Ende des Ruhrstatuts



# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

- *Artikel 30 EWG 1957*: Mengenmäßige Einfuhrbestimmungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen zwischen den Mitgliedstaaten verboten.
- *Artikel 34 AEUV* : Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung sind zwischen den Mitgliedstaaten verboten.

# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

- EuGH subsumiert Produktregelungen der mengenmäßigen Beschränkung
    - Dassonville 1974: Einfuhrpapiere für Whiskey
    - Reinheitsgebot des Biere
- => Weg in den Binnenmarkt eröffnet



# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

- 1987: Einheitliche Europäische Akte = Politischer Beschluss des Weges in den Binnenmarkt
  - **Maastricht 1992: Währungsunion**
    - Amsterdam 1997
    - Nizza 2001
  - **Lissaboner Vertrag 2010**
- Festschreibung der Wirtschaftsordnung,**  
z.B. Art. 120 AEUV: „im Einklang mit dem Grundsatz einer *offenen Marktwirtschaft* mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird,

# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

- Problem des bürgerlich, parlamentarischen Verfassungsstaates ist: Die sozial mächtigen Klassen können politische Kontrolle verlieren
- Verfassungen = Kompromisslinie in sozialen Auseinandersetzungen abhängig von Kräfteverhältnissen
- Projekt Binnenmarkt = passive Revolution gegen Klassenkompromiss in nationalen Verfassungen

# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

Projekt Binnenmarkt = Konkurrenzordnung  
charakterisiert durch:

- Konkurrenz bei Waren und (neu)  
Dienstleistungen bei gleichen  
„Konkurrenzbedingungen“ durch  
europäische Harmonisierung

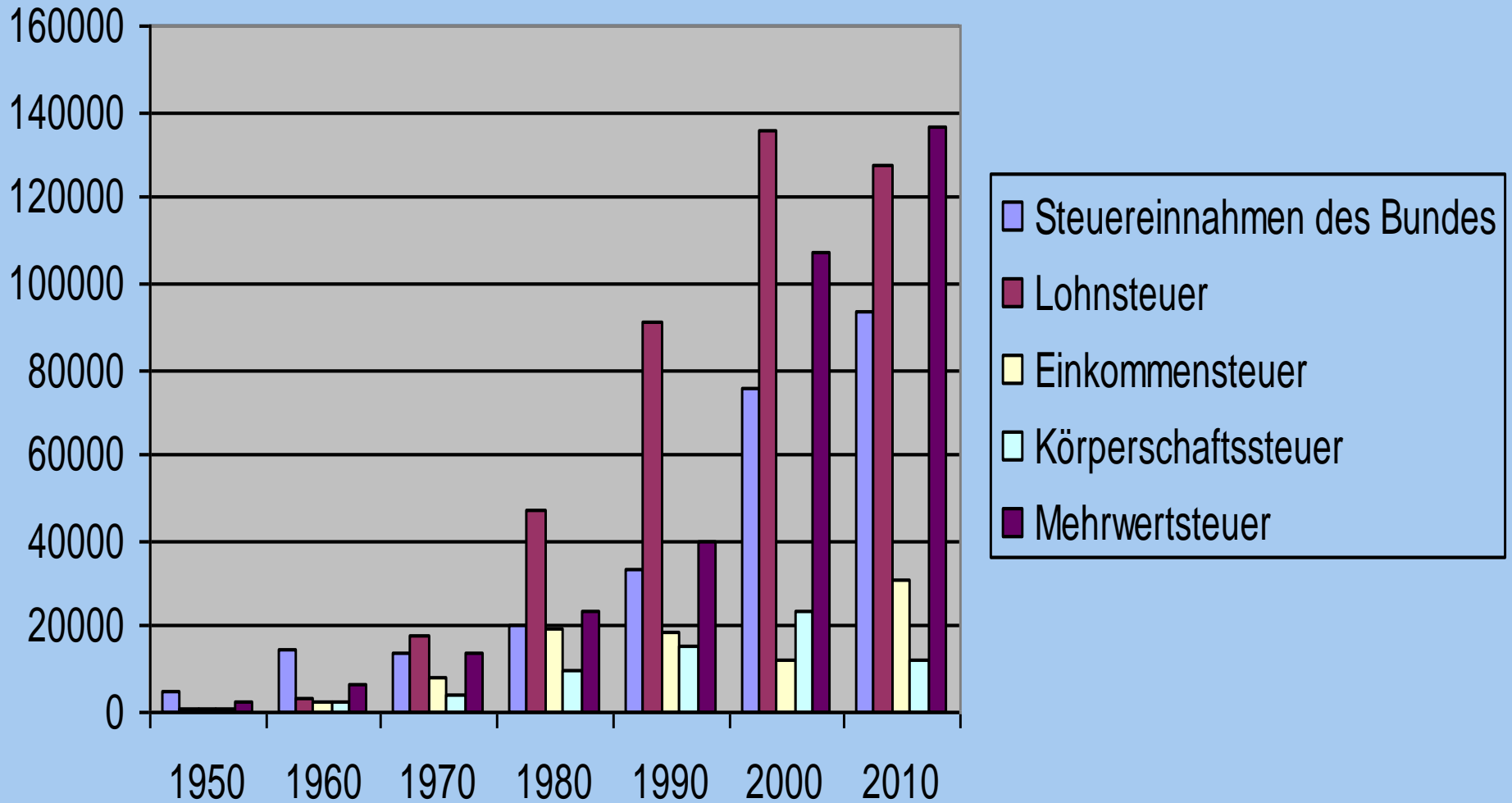


# Von der Zollunion zum Wettbewerbsstaat

Keine Harmonisierung in Bereiche:

- Steuern (Einstimmigkeit bei indirekten Steuern)
  - Soziales (Beschränkung auf Anti-Diskriminierung)
- => Standortkonkurrenz im Bereich Steuern und Soziales

# Steuerquellen des Bundes



# Vom Wettbewerbsstaat zum Finanzmarkt

EWG Vertrag 1957:

Kapitalverkehrsbeschränkungen  
aufheben, „soweit es für das  
Funktionieren des Gemeinsamen  
Marktes notwendig“ ist.

# Vom Wettbewerbsstaat zum Finanzmarkt

## Die EU-Verträge kennen seit Maastricht eine Liberalisierungspflicht:

Art. 63 I AEUV (56 EGV): „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern verboten.“

## Und ein Rückschrittsverbot bei der „Liberalisierung“.

Art. 64 AEUV: (3) Abweichend von Absatz 2 kann nur der Rat gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Europäischen Parlaments Maßnahmen einstimmig beschließen, die im Rahmen des Unionsrechts für die **Liberalisierung des Kapitalverkehrs mit Drittländern einen Rückschritt** darstellen.

=> Verbot vieler Regulierungsmöglichkeiten (nicht aller)

# Vom Wettbewerbsstaat zum Finanzmarkt

- Kontinuierliche Deregulierung der Kapitalmärkte
- Liberalisierungsspitze 2001 ff
  - Änderung der OGAW-Richtlinie
  - Investmentmodernisierungsgesetz 2004  
Heuschreckenlockungsgesetz
- Unter dem Regime der Römischen Verträge gab es in Europa (neben Bretton Woods) weitreichende Regulation der Finanzmärkte mit Kapitalverkehrskontrollen

# Vom Wettbewerbsstaat zum Finanzmarkt

- Insgesamt: Kompromiss zwischen Finanzkapital und exportorientiertem Industriekapital
  - ⇒ Unterschiede in Leistungsbilanzen (beggar thy neighbour)
  - ⇒ Kapitalschwemme und Blasenbildung (scheinbarer Boom) im Süden

Fazit: Nicht Eurokrise, sondern Krise der europäischen Wettbewerbs- und Finanzmarktordnung

# Autoritäre Krisenlösung

## Autoritäre Wirtschaftsregierung statt Standortkonkurrenz der EU 2011

- Pakt für den Euro
  - ✓ Benchmarking nach unten bei Löhnen, Renten
  - ✓ Koordinierung der Steuerpolitik
- Six Pack
  - ✓ Rechenschaftspflicht im „Europäischen Semester“

# Autoritäre Krisenlösung

- Elemente der Fiskalvertrag 2012:
  - Schuldenbremse in nationale Verfassungen – 0,5 % BIP  
BRD: Bund 0,35%, Länder 0 %  
Kommunen und Sozialversicherungen unberücksichtigt
  - Klagemöglichkeit vor EuGH durch MS
  - Abbau der Gesamtverschuldung um ein Zwanzigstel über 60% jährlich

# Autoritäre Krisenlösung

- Elemente der Fiskalvertrag 2012:
  - Halbautomatismus im Defizitverfahrens  
Euroländer stimmen für Kommissionsvorschlag  
=> qualifizierte Mehrheit  
wenn nicht qual. Mehrheit der Euroländer  
dagegen
  - Im Defizitverfahren: Haushalts- und  
Wirtschaftspläne
  - Genehmigung der Haushalte durch  
Kommission

# Perspektiven

## Szenarien:

- „Erfolg“ autoritärer Krisenlösung mit Vormachtstellung der BRD mit
  - Kontinuität des neoliberalen Modells (Privatisierung, Lohndumping, Umverteilung nach Zinsansprüchen)
  - Evtl. bei re-regulierten Finanzmärkten

# Perspektiven

- Scheitern des autoritären Neoliberalismus mit nationalchauvinistischen Zentrifugaltendenzen in der EU
  - Wiederaufnahme von Grenzkontrollen
  - BRD kündigt Europäisches Fürsorgeabkommen (1953) => kein AIG für EU-Ausländer
  - Erfolg populistischer Strömungen
  - Krisenreaktionen nur national


# Perspektiven

## Alternative:

- Scheitern von Lissabon wird eingestanden (Implosion)
- Neuer Gesellschaftsvertrag durch New Deal (Neuer Klassenkompromiss mit ökologischem Einschlag) mit:
  - ✓ Regulierung der Finanzmärkte
  - ✓ Umkehrung der Umverteilung z.B. durch hohen Spitzensteuersatz (75%)
  - ✓ Ökologischer Umbau

# Perspektiven

- Überwindung der Verwertungslogik
  - ✓ Steuerung ökonomischer Prozesse mit demokratischer Beteiligung
  - ✓ Statt „was können wir verkaufen?“ „Was wollen wir produzieren?“



Merci  
Gracie  
Thanks  
ευχαριστώ  
Tak  
Tesekür ederim  
Спасибо  
Gracias  
Dank u well  
**Danke fürs Zuhören**